

Verbraucherpreise 2014

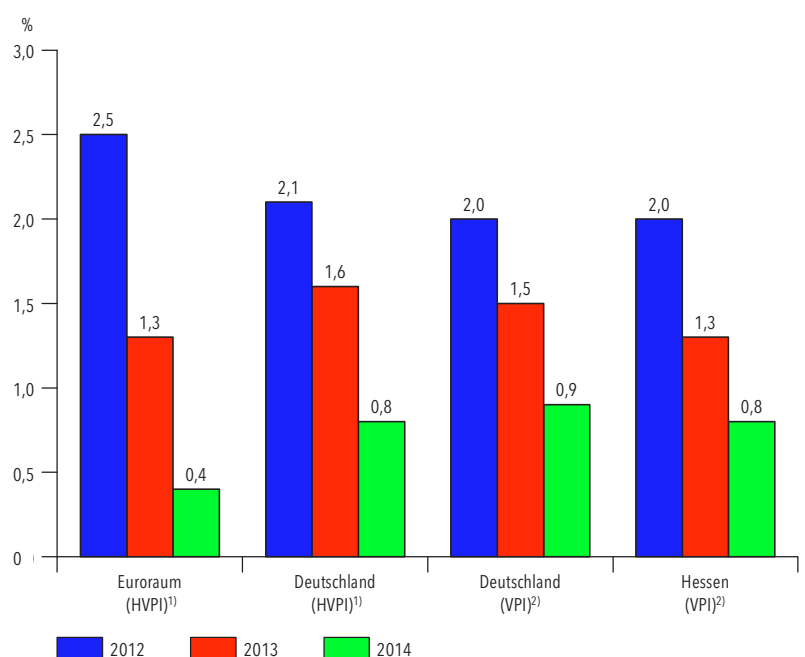
Disinflation oder Deflationsgefahr?

Im Durchschnitt aller Monate errechnet sich für das Jahr 2014 eine Inflationsrate von 0,8 % in Hessen. Im Jahr 2013 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei 1,3 % und 2012 bei 2,0 %. Der Unterschied zur Inflationsrate für Deutschland insgesamt ist erwartungsgemäß gering. Große Einzelhandelsketten, der Internethandel und die Möglichkeiten des mobilen Internets zu schnellen Preisvergleichen an jedem Ort zu jeder Zeit wirken innerhalb Deutschlands nivellierend auf die regionale Preisentwicklung eines Großteils der mit der Verbraucherpreisstatistik erfassten Produkte. Deutlich heterogener bezüglich der Preisentwicklung stellt sich der Euroraum dar, also die Gesamtheit der Staaten, deren Währung der Euro ist. Der Rückgang der Inflationsrate im Euroraum von 2,5 % im Jahr 2012 auf 0,4 % im Jahr 2014 fiel kräftiger aus als in Deutschland und Hessen. Eine höhere Inflationsrate als Deutschland und Hessen hatten 2014 lediglich Österreich (+ 1,5 %) und Finnland (+ 1,2 %). In 5 Ländern, nämlich Griechenland (- 1,4 %), Zypern (- 0,3 %), Spanien und Portugal (jeweils - 0,2 %) sowie der Slowakei (- 0,1 %) sank das gesamtwirtschaftliche Verbraucherpreisniveau. Die fortgesetzte Abschwächung der Inflationsraten trotz des offensichtlichen Gegensteuerns der EZB ließ im Laufe des Jahres 2014 die Zahl der Stimmen wachsen, die vor einer Deflation warnten. Ziel dieses Beitrags ist, auf Grundlage der Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik in Hessen, Informationen und Hilfen zu geben, die eine bessere Einschätzung der augenblicklichen Situation und der Gefahr deflationärer Tendenzen ermöglichen. Hierzu ist erforderlich, die Verbindungen zwischen der statistisch beobachteten Entwicklung der Inflationsrate in der Vergangenheit und den in die Zukunft gerichteten Inflationserwartungen der „Wirtschaftsakteure“ aufzuzeigen. Dahinter steht die Vorstellung, dass die aktuelle Inflationsrate vor allem über die in die Zukunft gerichteten Inflationserwartungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in einem Wirtschaftsraum wirkt. Diese Vorstellung ist nicht unumstritten (wie jede These über ökonomische Wirkungszusammenhänge), jedoch ein grundlegender Baustein der theoretischen Fundierung aktueller Zentralbankpolitik, wie sie von der EZB betrieben wird, aber auch von anderen Zentralbanken z. B. in den USA und in Großbritannien. **Von Dr. Hans Herbert Krieg**

Ein theoretischer Exkurs: Geldpolitik und Inflationserwartungen

Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik ist, nach dem Verständnis der EZB, die Abweichung der längerfristigen Inflationserwartungen von dem selbst vorgegebenen „Inflationsziel“. Das Inflationsziel leitet sich aus der Definition von Preisstabilität ab. Danach ist Preisniveaustabilität erreicht, wenn die Inflationsrate (gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex „HVPI“) unter, aber nahe bei 2 % liegt. Ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit der geldpolitischen Maßnahmen sind die Veränderungen der Inflationserwartungen. Es wird von der Zentralbank genau beobachtet, ob sich die Inflationserwartungen im Zeitablauf dem fest vorgegebenen Inflationsziel nähern oder sich von diesem entfernen. Steigende, oberhalb des Inflationsziels befindliche Inflationserwartungen lassen

1. Inflationsraten im Euroraum, in Deutschland und in Hessen 2012 bis 2014



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – 2) Verbraucherpreisindex.



© vizaFoto - Fotolia.com

eine sich zukünftig akzelerierende Inflation befürchten. Sinkende, unterhalb des Inflationszieles liegende Inflationserwartungen signalisieren die Gefahr einer Deflation.

Im Kern wird unter **Deflation** ein allgemeiner, stetiger Rückgang des Preisniveaus für Waren und Dienstleistungen verstanden, also das Auftreten „negativer Inflationsraten“ über einen längeren Zeitraum. Die damit verbundenen Befürchtungen lassen sich als eine Kette von Reaktionen darstellen, die sich spiralförmig verstärken: Sinkende Preise lassen die Gewinne der Unternehmen sinken, was zur Entlassung von Arbeitskräften führt, womit der Druck, sinkende Arbeitslöhne zu akzeptieren, steigt, was die (Arbeits-)Einkommen und damit die Konsumnachfrage sinken lässt und den Druck auf ein Absenken der Preise erhöht. Verstärkend kommt hinzu, dass in Erwartung weiter sinkender Preise Käufe in die Zukunft verschoben werden und als Reaktion auf die sinkende Konsumnachfrage die Investitionstätigkeit abnimmt. Dies ist keine umfassende Darstellung einer deflationären Abwärtsspirale, die sehr unterschiedliche Verläufe haben kann, sondern lediglich eine kurze, plakative Darstellung sich bedingender möglicher Folgewirkungen eines permanent sinkenden Preisniveaus. Je stärker sich die Erwartung weiter sinkender Preise verfestigt, desto größer wird die Neigung, Käufe in die Zukunft zu schieben und desto größer wird der Druck fehlender Nachfrage auf das Preisniveau. In dieser sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale wird die große Gefahr der Deflation gesehen.

Von der Deflation zu unterscheiden ist die **Disinflation**. Als Disinflation wird die Verringerung des Preisniveauanstiegs, also eine abnehmen-

de Inflationsrate, bezeichnet. Der Rückgang der Inflationsrate sollte nicht auf kurzfristig vorübergehende oder einmalige Entwicklungen auf den Märkten oder auf administrative Änderungen von Preisen zurückzuführen sein, sondern ein Ergebnis längerfristig wirksamer ökonomischer Rahmenbedingungen sein, die insbesondere von der Geldpolitik gesetzt werden, aber auch andere Ursachen haben können.

Entsprechend der hier verwendeten Definitionen gibt es eine Grauzone zwischen Disinflation und Deflation. Diese Grauzone ist gekennzeichnet durch negative Inflationsraten, die jedoch als kurzfristige Erscheinung, ohne inhärente Neigung zur Selbstverstärkung, gesehen werden. Allerdings herrscht in dieser Grauzone eine mehr oder minder starke Unsicherheit, ob das Phänomen negativer Inflationsraten wirklich nur vorübergehend ist oder ob nicht doch schon deflationäre Mechanismen greifen. In einer solchen Situation ist es besonders hilfreich, die Komponenten des Verbraucherpreisindex und deren Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate zu analysieren. Dies soll im folgenden Abschnitt für die Verbraucherpreise in Hessen geschehen.

Die Inflationsrate und ihre Komponenten im Jahr 2014

Der Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate im Jahr 2014 um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2013 in Hessen ist vor allem auf deutlich schwächer steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Während die **Nahrungsmittelpreise** 2013 um 4,2 % stiegen und damit einen Beitrag von nahezu 0,4 Prozentpunkten zur Inflationsrate leisteten, lag die Teuerung für Nahrungsmittel 2014 bei nur 0,6 %, was einer Wirkung von weniger als 0,1 Prozentpunkten auf die Inflationsrate entsprach. Die geringer gestiegenen Nahrungsmittelpreise wirkten somit 2014 um gut 0,3 Prozentpunkte weniger stark auf die Inflationsrate als 2013. Dies erklärt schon gut die Hälfte des Rückgangs der Inflationsrate.

Einen weiteren merklichen Beitrag zum Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate 2014 leistete die Strompreisentwicklung. Im Jahr 2013 stieg der **Strompreis** um 11,8 %, was einer Wir-

Wirkungen auf die Inflationsrate

Am Beispiel der Unterhaltungselektronik lässt sich sehr gut zeigen, welche Wirkungen von Preisänderungen einzelner Produkte oder Produktgruppen auf die Inflationsrate ausgehen¹⁾:

1. Sinkende Preise (- 5,1 %) wirken dämpfend auf die Inflationsrate des jeweiligen Jahres (- 0,08 Prozentpunkte).
2. Sinkende Preise (- 5,1 %), die jedoch weniger stark sinken als im Vorjahr (- 6,4 %), lassen die Inflationsrate dieses Jahres (relativ) zur Inflationsrate des Vorjahres steigen (+ 0,02 Prozentpunkte), da die dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate dieses Jahres (- 0,08 Prozentpunkte) geringer ausfällt als die dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate des Vorjahres (- 0,10 Prozentpunkte).
3. Das Ausmaß der Wirkung auf die Inflationsrate hängt von der Teuerungsrate für die Produktgruppe ab und von deren Wägungsanteil. Für Unterhaltungselektronik beträgt der Wägungsanteil 1,6 %. Der Wägungsanteil gibt den Ausgabenanteil der jeweiligen Produktgruppe am „Warenkorb“ an, für den die Inflationsrate berechnet wird.

Kurz gesagt, Wirkungen auf die Inflationsrate sind die mit dem Wägungsanteil gewichteten Teuerungsraten der Produktgruppen des Warenkorbs. Die Summe der Wirkungen aller Produktgruppen ergibt die Inflationsrate.

1) Die Zahlen sind der Tabelle 1 entnommen.

kung von über 0,3 Prozentpunkten auf die Inflationsrate 2013 entsprach. Im Jahr 2014 stieg der Strompreis um 2,2 %, was eine Wirkung von weniger als 0,1 Prozentpunkten auf die Inflationsrate 2014 hervorrief. Damit drückte der deutlich geringer gestiegene Strompreis die Inflationsrate 2014 um einen viertel Prozentpunkt im Vergleich zur Inflationsrate 2013.

Auch die Preisentwicklung der Mineralölprodukte ließ die Inflationsrate sinken, aber bei Weitem nicht so stark, wie man zunächst erwartet. Die **Mineralölprodukte** verbilligten sich 2014 um 5,4 %, was die Inflationsrate um fast 0,3 Prozentpunkte dämpfte. Im Jahr 2013 sanken die Preise für Mineralölprodukte um durchschnittlich 4,0 %. Dies dämpfte die Inflationsrate 2013 um 0,2 Prozentpunkte. Die Differenz von rund 0,1 Prozentpunkten zeigt, wie stark die etwas kräftiger gesunkenen Mineralölpreise die Inflationsrate 2014 im Vergleich zur Inflationsrate 2013 sinken ließen.

Ebenfalls zum Rückgang der Inflationsrate trugen folgende Produktgruppen bei, wenn auch teilweise nur in geringem Maße (das Ausmaß der Wirkung auf die Inflationsrate kann der Tabelle entnommen werden): Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate für **Bekleidung** ging von 1,3 % im Jahr 2013 auf 0,7 % im Jahr 2014 zurück. Das

Preisniveau für **Schuhe** sank 2014 um 0,6 %, während 2013 noch ein Anstieg von 0,7 % beobachtet wurde. Im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ gab es 2013 bei den **Glücksspielen** einen einmaligen Effekt durch Änderungen beim Lotteriespiel, die das Durchschnittsentgelt für Glücksspiele um 14,3 % erhöhten. Diese Teuerungsrate fiel 2014 auf 6,3 %, was die Wirkung auf die Inflationsrate deutlich verringerte. Auch die zu diesem Bereich gehörenden **Pauschalreisen** verteuerten sich 2014 (+ 1,2 %) weniger stark als 2013 (+ 2,5 %). **Produkte der Unterhaltungselektronik** verbilligten sich 2014 (- 5,1 %) in geringerem Maße als



© beermedia - Fotolia.com

1. Inflationsrate und ihre Komponenten 2013 und 2014

Produktgruppe	Wägungs- anteil	Inflations-/Jahres- teuerungsrate		Wirkung auf die Inflationsrate ¹⁾		Änderung der Wirkung auf die Inflationsrate 2014 gegenüber 2013
		2013	2014	2013	2014	
		%		Prozentpunkte		
Gesamtindex	100	1,3	0,8	X	X	X
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	3,8	0,7	0,39	0,07	-0,31
Nahrungsmittel	9,1	4,2	0,6	0,38	0,06	-0,33
alkoholfreie Getränke	1,2	0,8	0,7	0,01	0,01	-0,00
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	3,8	1,6	2,8	0,06	0,11	0,04
alkoholische Getränke	1,7	-0,1	1,8	-0,00	0,03	0,03
Tabakwaren	2,1	2,9	3,6	0,06	0,07	0,01
Bekleidung und Schuhe	4,5	1,3	0,7	0,06	0,03	-0,03
Bekleidung	3,6	1,4	1,0	0,05	0,03	-0,01
Schuhe	0,9	0,7	-0,6	0,01	-0,01	-0,01
Wohnung, Wasser, Haushaltsenergie	31,7	1,7	0,9	0,54	0,30	-0,25
Nettomieten	21,0	1,4	1,6	0,29	0,34	0,06
Haushaltsenergie	6,8	3,7	-0,7	0,25	-0,05	-0,30
Strom	2,6	11,8	2,2	0,31	0,06	-0,25
Gas	1,4	-0,6	0,4	-0,01	0,01	0,01
Heizöl	1,1	-6,0	-7,5	-0,07	-0,08	-0,02
Möbel, Leuchten, Geräte, Haushaltszubehör	5,0	0,0	0,2	0,00	0,01	0,01
Haushaltsgeräte	1,0	-2,0	-1,6	-0,02	-0,02	0,00
Gesundheitspflege	4,4	-3,8	1,7	-0,17	0,08	0,24
Verkehr	13,5	-0,3	-0,4	-0,04	-0,05	-0,01
Kraftstoffe	3,8	-3,3	-4,7	-0,13	-0,18	-0,05
Nachrichtenübermittlung	3,0	-1,5	-1,2	-0,04	-0,04	0,01
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	2,3	1,0	0,26	0,11	-0,15
Unterhaltungselektronik	1,6	-6,4	-5,1	-0,10	-0,08	0,02
Entgelt für Glücksspiele	1,0	14,3	6,3	0,14	0,06	-0,08
Pauschalreisen	2,7	2,5	1,2	0,07	0,03	-0,03
Bildungswesen	0,9	0,6	1,4	0,01	0,01	0,01
Gaststättendienstl., Übernachtungen	4,5	2,7	1,7	0,12	0,07	-0,04
Gaststättendienstleistungen	3,4	2,8	1,8	0,10	0,06	-0,03
Übernachtungen	1,0	2,1	1,0	0,02	0,01	-0,01
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	1,1	1,3	0,08	0,09	0,01
Nachrichtlich:						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	14,0	3,2	1,3	0,45	0,18	-0,27
Energie	10,7	1,1	-2,1	0,12	-0,23	-0,35
Mineralölprodukte	4,9	-4,0	-5,4	-0,20	-0,27	-0,07
Gebrauchsgüter	17,2	-0,0	-0,2	-0,00	-0,03	-0,03
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Energie)	6,1	1,0	0,7	0,15	0,01	-0,14
Dienstleistungen ohne Nettomieten	31,0	1,1	1,6	0,33	0,51	0,18

1) Bei der Addition einzelner Komponenten sind rundungsbedingte Abweichungen von den Aggregatwerten möglich.

2014 (- 6,4 %). Für die Inflationsrate 2014 bedeutet dies eine schwächere Entlastungswirkung als 2013 (siehe hierzu auch die Erläuterungen im Kasten „Wirkungen auf die Inflationsrate“). Das Preisniveau für **Gaststättendienstleistungen und**

Übernachtungen nahm 2013 (+ 2,7 %) stärker zu als 2014 (+ 1,7 %), was die Inflationsrate 2014 weniger stark steigen ließ als 2013.

Ein stärkerer Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate 2014 wurde durch zunehmende Teu-

Analyse von Wirkungsdifferenzen

Der besondere Fall der Abschaffung der Praxisgebühr zeigt einprägsam, dass zur Beantwortung der Frage, weshalb die Inflationsrate 2014 um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausgefallen ist als 2013, eine **Differenzanalyse** der jeweiligen Wirkungen vorgenommen werden muss. Eine Zurechnung dieser Wirkungsdifferenzen zu einem der beiden verglichenen Jahre ist sachlich begründet zumeist kaum möglich. In diesem speziellen Fall ist es möglich. Wäre die Praxisgebühr zu Beginn des Jahres 2013 nicht weggefallen, wäre die Inflationsrate im Jahr 2013 um rund 0,2 Prozentpunkte höher gewesen. Die Aussage, wäre die Praxisgebühr nicht nur im Jahr 2013 weggefallen, sondern noch einmal im Jahr 2014, dann wäre die Inflationsrate 2014 um 0,2 Prozentpunkte niedriger gewesen, beschreibt eine Unmöglichkeit. Die Praxisgebühr kann nur einmal wegfallen und nicht ein zweites Mal. Normalerweise ist die Zurechnung der Wirkungsdifferenzen zu einem Jahr zunächst hypothetischer Natur. Hierzu ein Beispiel: Wären die Nahrungsmittelpreise 2014 so stark gestiegen wie 2013, dann wäre die Inflationsrate 2014 um rund 0,3 Prozentpunkte größer gewesen. Man könnte genauso gut sagen, wären die Nahrungsmittelpreise 2013 nur so stark gestiegen wie 2014, dann wäre die Inflationsrate 2013 um rund 0,3 Prozentpunkte niedriger gewesen. Unter analytischen Aspekt ist es sinnvoll, der zeitlichen Entwicklung zu folgen und das jüngste Jahr mit dem vorherigen zu vergleichen, also was wäre 2014 gewesen, wenn die Entwicklung wie 2013 gewesen wäre. Es sei denn, es gibt – wie beispielhaft gezeigt – sachliche Gründe, anders vorzugehen.

erungsraten in anderen Bereichen verhindert. So nahm die Jahresteuersatzrate für **alkoholische Getränke** von 1,6 % im Jahr 2013 auf 2,8 % 2014 zu. Die durchschnittlichen **Nettomieten** stiegen von 1,4 auf 1,6 %. Im Bereich der **Gesundheitspflege** gab es 2013 mit der Abschaffung der Praxisgebühr zu Beginn des Jahres einen besonderen Effekt, der die Teuerungsraten für das gesamte Jahr in diesem Bereich auf - 3,8 % drückte. Mit Beginn des Jahres 2014 entfiel dieser einmalige Effekt, die jahresdurchschnittliche Teuerungsraten stieg im Bereich der Gesundheitspflege auf 1,7 %. Aus Sicht des Jahres 2014 handelt es sich also um einen Basiseffekt („einmalige Preissenkung durch nicht wiederholbare Abschaffung der Praxisgebühr“), der dazu führte, dass die Differenz zwischen den Inflationsraten der beiden Jahre 2013 und 2014 um über 0,2 Prozentpunkte geringer ausfiel (vgl. Tabelle). Die **Produkte der Nachrichtenübermittlung** wurden, einem längerfristigen Trend folgend, auch 2014 (- 1,2 %) billiger, aber nicht mehr ganz so stark wie 2013 (- 1,5 %).

Die längerfristige Entwicklung der Inflationsrate und ihrer Hauptkomponenten

Für eine längerfristige Analyse der Entwicklung der Inflationsrate ist es zunächst übersicht-

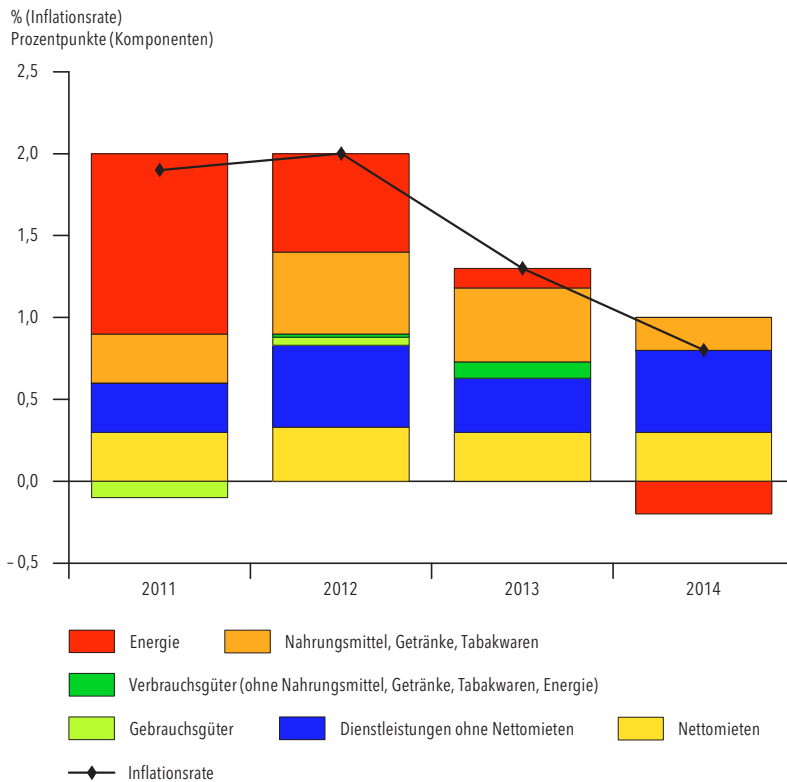
licher, Produktgruppen zusammenzufassen und möglichst aussagekräftige Aggregate zu bilden. Die Aggregate sollten Produktgruppen mit weitgehend vergleichbaren Eigenschaften umfassen. In der Vergangenheit hat sich eine Zusammenfassung zu 6 Hauptkomponenten bewährt:

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren,
- Verbrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Energie),
- Gebrauchsgüter,
- Energie,
- Dienstleistungen ohne Nettomieten,
- Nettomieten.

Diese 6 Hauptkomponenten finden auch in den Analysen der EZB Verwendung. Die Wirkung dieser Komponenten auf die Inflationsrate der Jahre 2011 bis 2014 wird im Folgenden für Hessen dargestellt und analysiert.

Für die Veränderung der Inflationsraten der vergangenen 4 Jahre sind vor allem die **Energiepreise** verantwortlich. Die Wirkung der Energiepreise auf die Inflationsrate ist in diesem Zeitraum von 1,1 Prozentpunkten 2011 über 0,6 Prozentpunkte 2012 und 0,1 Prozentpunkte 2013 auf - 0,2 Prozentpunkte 2014 gefallen. Auf-

2. Durchschnittliche Inflationsrate und ihre Hauptkomponenten in Hessen 2011 bis 2014



grund dieses starken Einflusses der Energie auf die Veränderung der Inflationsrate lohnt es sich, die Preisentwicklung der einzelnen Energiearten näher zu betrachten. Dies wird im nächsten Kapitel geschehen.

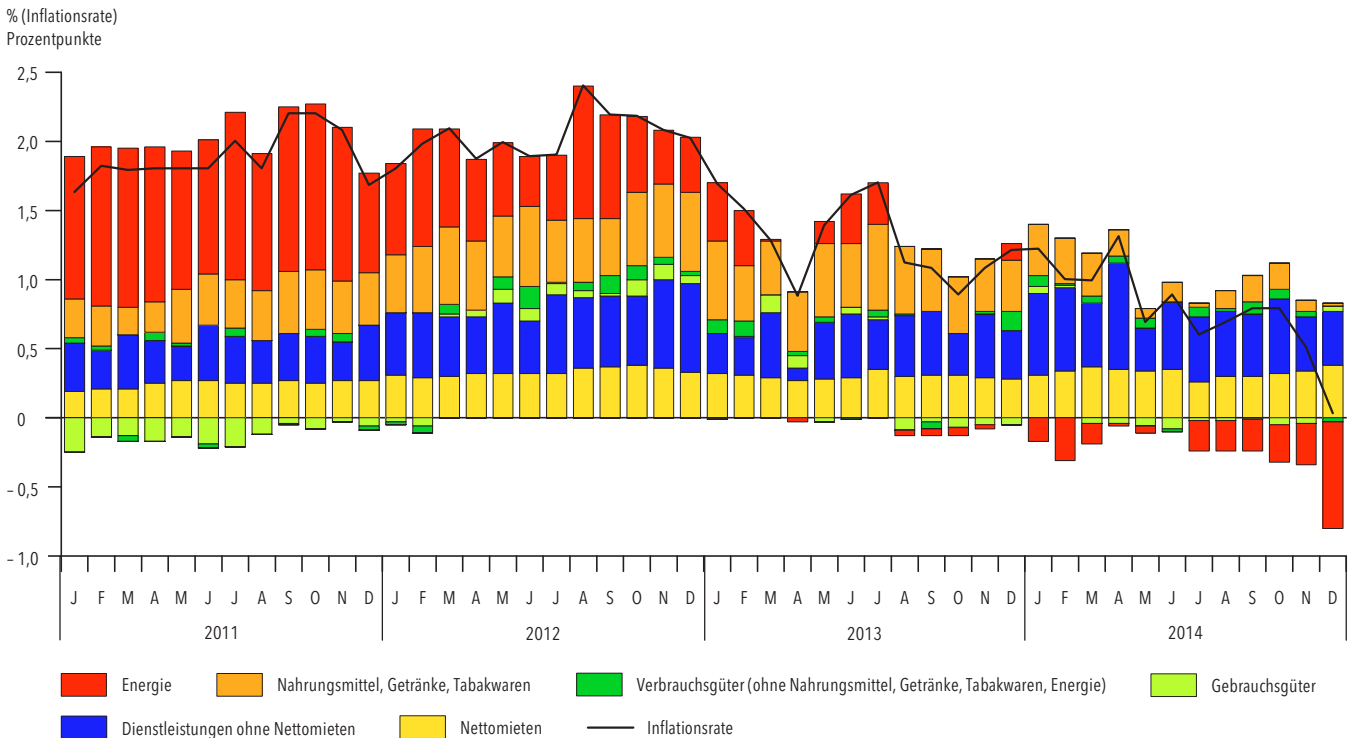
Ebenfalls einen größeren Einfluss auf die Inflationsraten der vergangenen 4 Jahre hatte die Produktgruppe „**Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren**“. Die Wirkung auf die Inflationsrate stieg von 0,3 Prozentpunkten im Jahr 2011 auf 0,5 Prozentpunkte 2012. Anschließend gab es einen Rückgang auf 0,4 Prozentpunkte 2013 und 0,2 Prozentpunkte 2014. In allen Jahren lag die durchschnittliche Teuerungsrate für diese Produktgruppe über der Inflationsrate: 2011: 2,4 %; 2012: 3,5 %; 2013: 3,2 %; 2014: 1,3 %. Der Wägungsanteil beträgt 14 %. Die kurzfristigen Schwankungen der Preise insbesondere für (einzelne) Nahrungsmittel, aber auch für (einzelne) Getränke, sind beträchtlich. Ursachen hierfür sind u. a. in der Wetterabhängigkeit der Produktion vieler Nahrungsmittel zu sehen und in dem zunehmenden Verdrängungswettbewerb auf dem Markt für Nahrungsmittel und Getränke, der von den großen Produzenten und Handelsketten ausgeht.

Die Preisentwicklung für die Gesamtheit aller **Gebrauchsgüter** schwankte in den Jahren 2011 bis 2014 um den Nullpunkt. Damit ist die Wirkung auf die Inflationsrate vernachlässigbar. Allerdings gibt es innerhalb der Gebrauchsgüter einzelne Produktgruppen, wie Haushaltsgeräte und vor allem Unterhaltungselektronik, mit einem schon länger anhaltenden Trend sinkender Preise. Aus diesen Bereichen werden in der öffentlichen Diskussion gerne einzelne Produkte wie Fernsehgeräte und Digitalkameras herausgenommen, um zu zeigen, wie angeblich die Berechnung der Inflationsrate durch die Einbeziehung von Produkten, die zwar einem stetigen Preisverfall unterliegen, aber selten gekauft werden, nach unten verzerrt wird. Dass diese Argumentation nicht schlüssig ist, zeigen die hier präsentierten Zahlen. Insgesamt haben die Gebrauchsgüter einen Wägungsanteil von 17 %. Die darin enthaltenen Produkte der Unterhaltungselektronik kommen auf einen Anteil von lediglich 1,6 % und die Haushaltsgeräte auf sogar nur 1,0 %.

Die Teuerungsraten der **Verbrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Energie)** lagen in den Jahren 2011 bis 2014 unter der Inflationsrate (in der Reihenfolge der Jahre: 0,6 %; 0,6 %; 1,0 %; 0,7 %). Aufgrund des geringen Wägungsanteils von 6 % blieb die Wirkung auf die Inflationsrate unter 0,1 Prozentpunkten.

Besondere Vorsicht ist bei der Interpretation der Ergebnisse für die **Dienstleistungen ohne Nettomieten** angebracht, die mit einem Wägungsanteil von 31 % die gewichtigste Produktgruppe sind. Insbesondere in den Bereichen „Bildung“ und „Gesundheitspflege“, aber auch im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“, gibt es Produkte, die nicht oder nicht vorrangig der Marktpreisbildung unterliegen, sondern deren Preisentwicklung etwa das Ergebnis administrativer Maßnahmen ist. Die beiden schon erwähnten Beispiele sind die Entgelte für Glücksspiele und die Praxisgebühr. Ebenfalls einer starken politischen Einflussnahme unterworfen waren in den vergangenen Jahren Studiengebühren, Entgelte für Kindergartenbesuche und Zuzahlungen für medizinische Leistungen. Die Wirkung der Dienstleistungen ohne Nettomieten auf die Inflationsrate stieg von 0,3 Prozentpunkten im Jahr 2011 auf 0,5 Prozentpunkte 2012, ging 2013 auf

3. Inflationsrate und ihre Hauptkomponenten in Hessen 2011 bis 2014 nach Monaten



0,3 Prozentpunkte zurück und stieg 2014 wieder auf 0,5 Prozentpunkte. Der Rückgang im Jahr 2013 entspricht in etwa der Wirkung des Wegfalls der Praxisgebühr in diesem Jahr. Wäre die Praxisgebühr weiterhin in gleichem Umfang zu zahlen, dann wäre die Wirkung der Dienstleistungen ohne Nettomieten auf die Inflationsrate im Jahr 2013 genauso groß wie 2014, nämlich 0,5 Prozentpunkte. Die Teuerungsraten der Dienstleistungen ohne Nettomieten betragen in der Reihenfolge der 4 Jahre 1,1 %, 1,6 %, 1,1 % und 1,6 %.

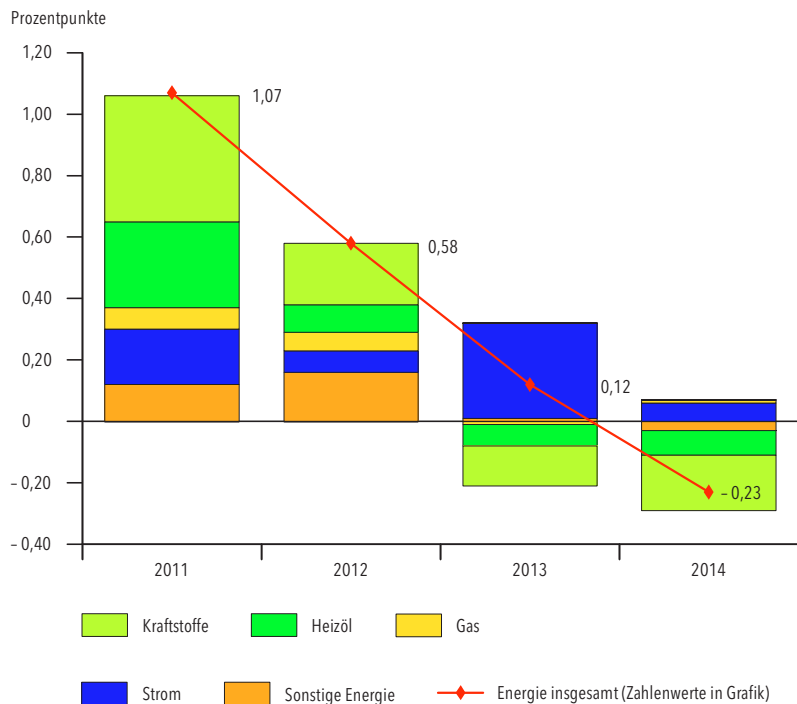
Die **Nettomieten** haben 2011 bis 2014 bei einer wenig schwankenden Teuerungsrate (1,2 %, 1,6 %, 1,4 % und 1,6 %) jeweils einen Beitrag von rund 0,3 Prozentpunkten zur Inflationsrate geleistet. Der Wägungsanteil der Nettomieten (einschl. selbstgenutztem Wohneigentum) beträgt 21 %. Die derzeitige Diskussion über eine Mietpreisexlosion bezieht sich auf das – bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand – kleine Segment erstmals vermieteter neuer Wohnungen, zu meist mit gehobener Ausstattung in attraktiven Ballungsraumlagen. Die Preisstatistik erfasst dagegen überwiegend Wohnungen im Bestand und versucht, entsprechend ihrer Zielsetzung, nur reine Mietpreiserhöhungen zu erfassen und

nicht solche, die aufgrund einer höheren Wohnungsqualität gezahlt werden. Auch werden die Mieten flächendeckend entsprechend den Bevölkerungsanteilen in den einzelnen Regionen erfasst. Darunter fallen in Hessen auch ländliche Regionen, in denen die Mieten aufgrund des Strukturwandels fallen.

Der Einfluss der Energie auf die Inflationsrate

Die Energiepreise bestimmten in den vergangenen Jahren die Entwicklung der Inflationsrate besonders stark. Vor allem auf kurze Sicht spielen die **Mineralölprodukte** (Kraftstoffe und Heizöl) eine dominierende Rolle. Der drastische Rückgang des Weltmarktpreises für Erdöl führte gegen Ende des Jahres 2014 zu deutlichen Preissenkungen bei Kraftstoffen und Heizöl. Im letzten Quartal des Jahres 2014 sanken die Preise für Heizöl um 23,4 % und für Kraftstoffe um 12,9 % (Preisniveau im Dezember verglichen mit dem Preisniveau im September). Allein im Dezember gaben die Preise für Heizöl um 16,6 % und für Kraftstoffe um 7,7 % gegenüber dem Vormonat November nach. Dies drückte das Preisniveau für Energie insgesamt um 7,0 % im vierten Quartal und um 4,4 % allein im Dezember des Jahres

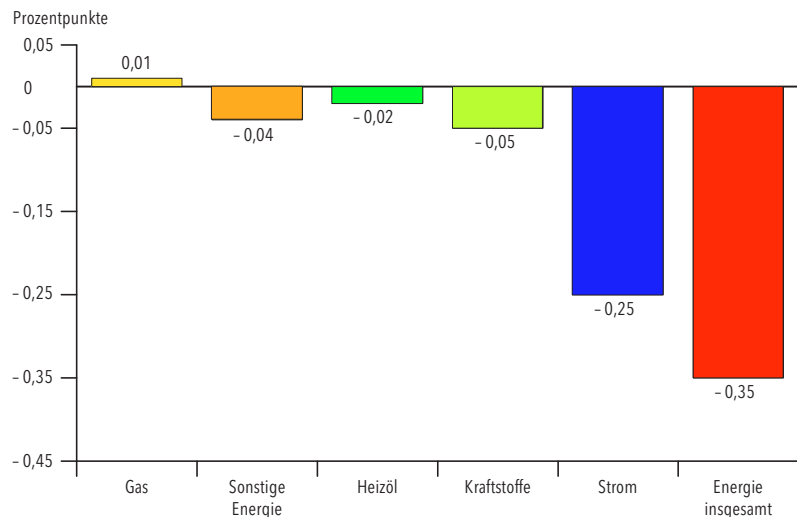
4. Wirkung einzelner Energiearten auf die Inflationsrate in Hessen 2011 bis 2014



2014. Bei einem Wägungsanteil der Energie von 10,7 % erklärt dies maßgeblich den deutlichen Rückgang der Inflationsrate gegen Jahresende von 0,8 % im Oktober auf 0,5 % im November und auf 0,0 % im Dezember (siehe Schaubild 3). Die durchschnittliche Inflationsrate des Jahres 2014 wurde wegen dieser Entwicklung am Ende des Jahres auf 0,8 % gedrückt.

Unter dem Eindruck solch drastischer Preisänderungen, wie bei den Mineralölprodukten gegen Ende des Jahres 2014, kommt es schnell zu einer verzerrten Wahrnehmung der Ursachen der

5. Änderung der Wirkung einzelner Energiearten auf die Inflationsrate in Hessen für 2014 gegenüber 2013



längerfristigen Entwicklung der Inflationsrate. Tatsächlich haben die sinkenden Preise für Mineralölprodukte die Inflationsrate 2014 um knapp 0,3 Prozentpunkte gedrückt. Aber auch schon 2013 sanken die Preise für Mineralölprodukte merklich und dämpften die Inflationsrate 2013 um 0,2 Prozentpunkte (siehe Tabelle 1 sowie Schaubild 4).

Für die Erklärung des Rückgangs der Inflationsrate 2014 gegenüber 2013 verbleibt bei den Mineralölprodukten eine Wirkungsdifferenz von weniger als 0,1 Prozentpunkten. Nicht bei den Mineralölprodukten, sondern bei Strom ist die Wirkungsdifferenz am größten.

Der deutliche Preisanstieg für **Strom** im Jahr 2013 von 11,8 % hatte einen Anteil von gut 0,3 Prozentpunkten an der Inflationsrate 2013, der Preisanstieg von 2,2 % im Jahr 2014 nur einen Anteil von weniger als 0,1 Prozentpunkten an der Inflationsrate 2014. Im Bereich der Energie hatte die Entwicklung des Strompreises also einen deutlich größeren Einfluss auf den Rückgang der Inflationsrate 2014 gegenüber 2013, als die Preise für Mineralölprodukte (siehe Schaubild 5). Der Wägungsanteil für Mineralölprodukte zusammen beträgt knapp 5 %, womit diesen nahezu die Hälfte des Gewichts der Energie insgesamt zukommt. Mit einem Wägungsanteil von 2,6 % nimmt Strom rund ein Viertel des Gewichts der Energie insgesamt ein.

Der **Gaspreis** stieg 2011 mit 4,7 % und 2012 mit 3,9 % merklich schwächer als der Preis für Heizöl (2011: + 25,2 % und 2012: + 8,2 %), dem gewichtigsten „Konkurrenzprodukt“ auf dem Markt für Heizenergie. Im Jahr 2013 sank das Gaspreisniveau leicht (-0,6 %), nahm jedoch 2014 wieder leicht zu (+0,4 %). Obwohl in diesen beiden Jahren sich der Gaspreis kaum veränderte und der Heizölpreis merklich sank, blieb über den gesamten Zeitraum 2011 bis 2014 gesehen der Anstieg des jahresdurchschnittlichen Preises für Gas (+ 8,5 %) hinter dem für Heizöl (+ 17,6 %) zurück. In dieser Betrachtung schlägt der Preissprung um 25,1 % für Heizöl im Jahr 2011 und der ebenfalls kräftige Anstieg um 8,2 % im Jahr 2012 durch. In einer „Momentaufnahme“, die den Dezember 2014 mit dem Dezember 2011 vergleicht, stellt sich die Entwicklung vollkom-

Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB

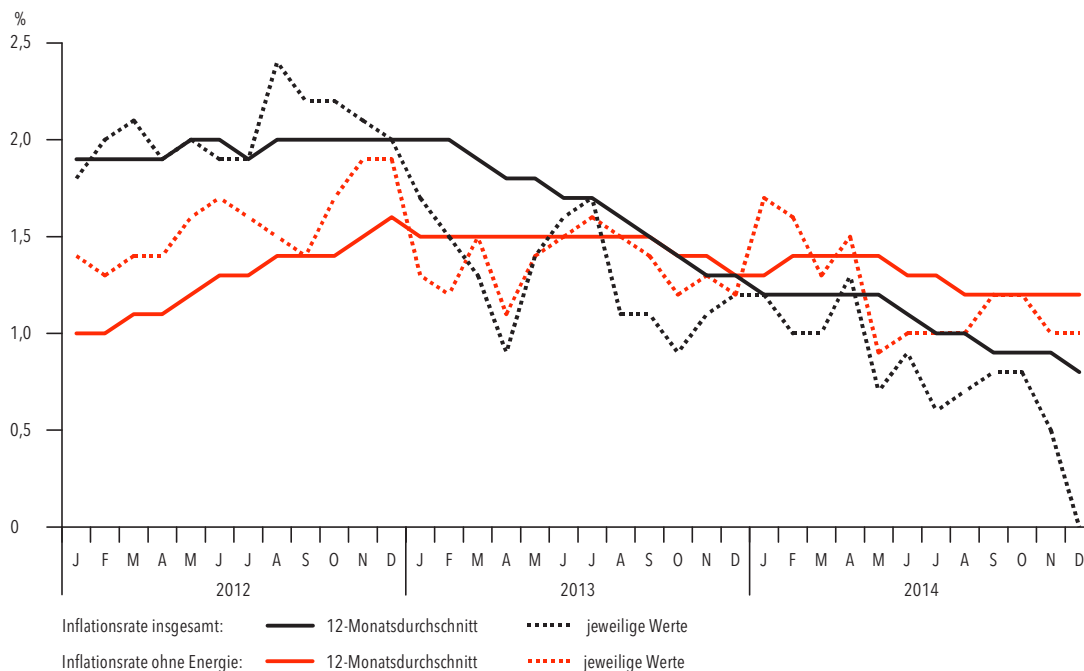
Im Jahr 1999 fiel der Startschuss für den Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB. Etwa zum Zeitpunkt ihrer Gründung im Juni 1998 begann die EZB zusammen mit den nationalen Zentralbanken in der EU, die Einführung einer Umfrage zu den Erwartungen des privaten Sektors hinsichtlich wichtiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet vorzubereiten. Die erste Erhebung wurde im ersten Quartal 1999 vorgenommen, und seitdem werden vierteljährlich (jeweils im Januar, April, Juli und Oktober) Umfragen durchgeführt, in denen die Erwartungen in Bezug auf die HVPI-Inflation, das BIP-Wachstum und die Arbeitslosenquote im Euroraum ermittelt werden. Die Befragten geben Punktprognosen für gleitende Zeitfenster (in einem Jahr bzw. in 2 Jahren), bestimmte Kalenderjahre (das aktuelle, das nächste und das übernächste Jahr) und längerfristige Erwartungen (für die Zeit in 5 Jahren) ab. Die SPF-Teilnehmer werden auch gebeten, ihre Prognosen mit einer Wahrscheinlichkeitsverteilung zu versehen. Die einzelnen Antworten werden in Form von mittleren Punktprognosen und aggregierten Wahrscheinlichkeitsverteilungen zusammengefasst. Die Ergebnisse werden von der EZB zeitnah in der Form eines Reports im Internet veröffentlicht. Zu den in Deutschland befragten Experten gehören u. a. die großen Wirtschaftsforschungsinstitute (IFO-Institut, DIW, HWWI, IfW, RWI, ZEW), große Banken und Versicherungen sowie Wirtschaftsverbände.

Quelle: EZB, Monatsbericht Januar 2014, S. 59–73, Fünfzehn Jahre Surveys of Professional Forecasters der EZB.

men anders dar. Gas war im Dezember 2014 gegenüber Dezember 2011 0,3 % billiger, Heizöl sogar 27,2 %. Bei diesem Vergleich auf Basis eines einzelnen Monats (anstatt eines Jahresdurchschnitts) kommt der „Einbruch“ des Heizölpreises um 23,4 % im Dezember 2014 gegenüber November 2014 voll zum Tragen. Die hohe, sehr stark politisch beeinflusste Volatilität des Weltmarktpreises für Erdöl schlägt relativ zügig auf den Heizölpreis durch und lässt diesen so stark wie bei keiner anderen Energieart schwanken.

Unter den **sonstigen Energiearten** werden die Entgelte für Zentralheizung, für Fernwärme und für feste Brennstoffe zusammengefasst. Der Wägungsanteil dieser Position beträgt 1,6 %. Innerhalb der Position sind die Entgelte für Zentralheizung mit einem Anteil von 83 % dominierend. Die Veränderungen der Entgelte für Zentralheizung werden stark von den Preisen der hauptsächlichlichen Brennstoffe einer Zentralheizung, nämlich Gas und Heizöl, beeinflusst, allerdings mit einem durch die Heizkostenabrechnung

6. Inflationsrate insgesamt und Inflationsrate ohne Energie in Hessen 2012 bis 2014



2. Inflationsrate mit und ohne Energie 2012 bis 2014 (jeweilige Werte und gleitender 12-Monatsdurchschnitt in %)

Jahr Monat	Inflationsrate		Jahresteu- erung Energie	Inflationsrate		Jahresteu- erung Energie	
	insgesamt	ohne Energie		insgesamt	ohne Energie		
	jeweilige Werte			gleitender 12-Monatsdurchschnitt ¹⁾			
2012	Januar	1,8	1,4	6,0	1,9	1,0	9,7
	Februar	2,0	1,3	7,7	1,9	1,0	9,4
	März	2,1	1,4	6,4	1,9	1,1	9,1
	April	1,9	1,4	5,3	1,9	1,1	8,6
	Mai	2,0	1,6	4,7	2,0	1,2	8,2
	Juni	1,9	1,7	3,2	2,0	1,3	7,7
	Juli	1,9	1,6	4,2	1,9	1,3	7,1
	August	2,4	1,5	8,5	2,0	1,4	7,0
	September	2,2	1,4	6,7	2,0	1,4	6,7
	Oktober	2,2	1,7	5,0	2,0	1,4	6,2
	November	2,1	1,9	3,6	2,0	1,5	5,6
	Dezember	2,0	1,9	3,7	2,0	1,6	5,4
2013	Januar	1,7	1,3	3,7	2,0	1,5	5,2
	Februar	1,5	1,2	3,7	2,0	1,5	4,9
	März	1,3	1,5	0,1	1,9	1,5	4,3
	April	0,9	1,1	-0,3	1,8	1,5	3,9
	Mai	1,4	1,4	1,4	1,8	1,5	3,6
	Juni	1,6	1,5	3,4	1,7	1,5	3,6
	Juli	1,7	1,6	2,9	1,7	1,5	3,5
	August	1,1	1,5	-0,3	1,6	1,5	2,8
	September	1,1	1,4	-0,5	1,5	1,5	2,2
	Oktober	0,9	1,2	-0,6	1,4	1,4	1,7
	November	1,1	1,3	-0,3	1,3	1,4	1,4
	Dezember	1,2	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2
2014	Januar	1,2	1,7	-1,6	1,2	1,3	0,7
	Februar	1,0	1,6	-2,9	1,2	1,4	0,2
	März	1,0	1,3	-1,5	1,2	1,4	0,0
	April	1,3	1,5	-0,2	1,2	1,4	0,1
	Mai	0,7	0,9	-0,5	1,2	1,4	-0,1
	Juni	0,9	1,0	0,0	1,1	1,3	-0,4
	Juli	0,6	1,0	-2,0	1,0	1,3	-0,8
	August	0,7	1,0	-2,0	1,0	1,2	-0,9
	September	0,8	1,2	-2,1	0,9	1,2	-1,1
	Oktober	0,8	1,2	-2,6	0,9	1,2	-1,2
	November	0,5	1,0	-2,8	0,9	1,2	-1,4
	Dezember	0,0	1,0	-7,1	0,8	1,2	-2,1

¹⁾ Der gleitende 12-Monatsdurchschnitt im Dezember entspricht der jahresdurchschnittlichen Inflations- bzw. Jahresteu-erungsrate.

vermieteter Wohnungen bestimmten zeitlichen Verzug. Dieser Zusammenhang wird zumindest in seinem Grundmuster in den beiden Schaubildern 4 und 5 sichtbar. In den Jahren 2013 und 2014 ist die quantitative Wirkung der sonstigen Energie vernachlässigbar.

Bei der Frage, ob in der aktuellen Entwicklung der Inflationsrate deflationäre Tendenzen erkennbar sind, wird den Energiepreisen, darunter insbesondere den Preisen der Mineralölprodukte, ein besonderes Augenmerk geschenkt. Energiepreise sind auf verschiedene Arten sehr stark

3. Survey of Professional Forecasters (Ergebnisse der Befragungen vom 3. Quartal 2007 bis zum 1. Quartal 2015 in %)

Prognosezeitpunkt	Inflationserwartungen für das Jahr....												
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
2007 3.Q	2,0	2,0	2,0			2,0							
4.Q	2,0	2,0	2,0			1,9							
2008 1.Q		2,5	2,0			2,0							
2.Q		3,0	2,2			1,9							
3.Q		3,6	2,6	2,1			2,0						
4.Q		3,4	2,2	2,0			2,0						
2009 1.Q			0,9	1,6			1,9						
2.Q			0,5	1,3			1,9						
3.Q			0,4	1,1	1,6			2,0					
4.Q			0,3	1,2	1,6			1,9					
2010 1.Q				1,3	1,5			1,9					
2.Q				1,4	1,5			1,9					
3.Q				1,4	1,5	1,7			2,0				
4.Q				1,5	1,5	1,6			1,9				
2011 1.Q					1,9	1,8			2,0				
2.Q					2,5	1,9			2,0				
3.Q					2,6	2,0	1,9			2,0			
4.Q					2,6	1,8	1,8			2,0			
2012 1.Q						1,9	1,7			2,0			
2.Q						2,3	1,8			2,0			
3.Q						2,3	1,7	1,9			2,0		
4.Q						2,5	1,9	1,9			2,0		
2013 1.Q							1,8	1,8	1,9			2,0	
2.Q							1,7	1,6	1,8			2,0	
3.Q							1,5	1,5	1,8				2,0
4.Q							1,4	1,5	1,6				1,9
2014 1.Q								1,1	1,4	1,7			1,9
2.Q								0,9	1,3	1,5			1,8
3.Q								0,7	1,2	1,5			1,9
4.Q								0,5	1,0	1,4			1,8
2015 1.Q ¹⁾									0,3	1,1	1,5		1,8

1) Die Ergebnisse der Befragung wurden am 23. Januar 2015 veröffentlicht.

Quelle: Survey of Professional Forecasters im Auftrag der EZB. <http://www.ecb.europa.eu/stats/prices/indic/forecast/html/index.en.html>

vom politischen Geschehen abhängig. Zum einen ist Energie in großem Umfang mit Abgaben belastet, die fiskalischer Natur sein können, aber auch zur Lenkung der Energienachfrage und des -angebots erhoben werden. Zum anderen wird in Deutschland der Großteil der Mineralölprodukte importiert, womit deren Preis auch von der Wechselkursentwicklung abhängt. Hinzu kommt, dass der Weltmarktpreis für Erdöl noch immer – wie die jüngste Vergangenheit wieder zeigte – von den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Erzeugerländer beeinflusst wird.

Aus diesen Gründen wird die Inflationsrate um die Entwicklung der Energiepreise bereinigt. Eine einfache Methode hierzu ist, die Inflationsrate ohne Energie zu berechnen. Um die kurzfristig verzerrende Wirkung der zeitlich versetzten Koppelung der Preise einzelner Energiearten zu entschärfen, kann die Inflationsrate für jeden Monat des Jahres als ein Durchschnitt der jeweils vergangenen 12 Monate berechnet werden. Dieses Vorgehen entspricht der „üblichen“ Berechnung der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate am Ende eines Jahres für dieses Jahr. Die jahres-



© Art Allianz - Fotolia.com

durchschnittliche Inflationsrate ist nichts anderes als der 12-Monatsdurchschnitt für Dezember. Die Ergebnisse dieser beiden „Korrekturen“ sind im Schaubild 6 visualisiert. Die gepunkteten Linien zeigen die („normale“) Inflationsrate insgesamt und ohne Energie. Die durchgezogenen Linien stellen diese beiden Inflationsraten als 12-Monatsdurchschnitt berechnet dar. Diese Grafik lässt deutlich den Einfluss der Energiepreise erkennen. Mit Beginn des Jahres 2013 sinkt die als 12-Monatsdurchschnitt berechnete Inflationsrate insgesamt (durchgezogene schwarze Linie) nahezu kontinuierlich von 2,0 % im Januar 2013 auf 0,8 % im Dezember 2014. Die ohne Energie als 12-Monatsdurchschnitt berechnete Inflationsrate zeigt in diesem Zweijahreszeitraum einen deutlich abgeschwächten Rückgang von 1,6 auf 1,2 %. Dies zeigt, dass die Energiepreise die Entwicklung der vergangenen beiden Jahre zwar sehr stark prägen, aber auch, dass diese nicht allein für sinkende Inflationsraten verantwortlich sind. Ebenfalls deutlich zu sehen ist, dass die Inflationsraten ohne Energie gerechnet noch ein Stück weiter vom negativen Bereich entfernt sind und damit der Puffer zur Deflation größer wird.

Die Rolle der Inflationserwartungen

Die Inflationserwartungen werden von der EZB auf zwei Arten ermittelt. Im Vordergrund steht die vierteljährliche Befragung von Experten im Euroraum (Survey of Professional Forecasters „SPF“) zu Beginn eines Quartals. Ergänzt wird diese subjektive Einschätzung der Experten durch die Beobachtung der Marktentwicklung bestimmter Finanzmarktinstrumente wie inflationsgesicher-

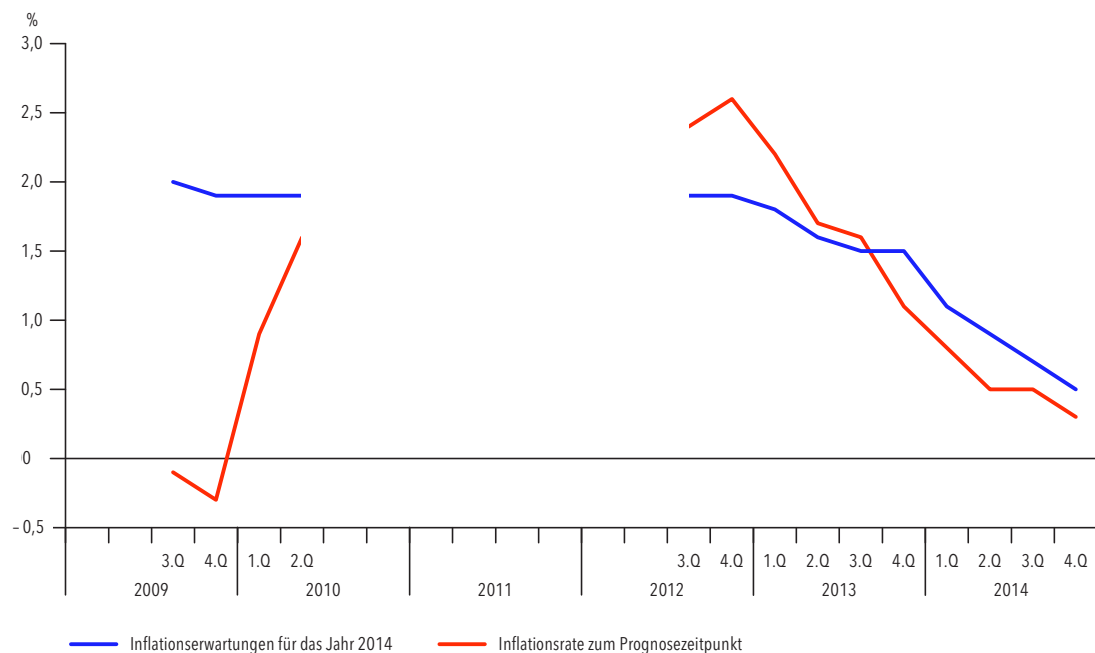
ter Anleihen und Zinsswaps. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Ergebnisse der Expertenbefragung (SPF).

Nach der voraussichtlichen Inflationsrate im Jahr 2014 wurde erstmals im dritten Quartal 2009 gefragt und dann nochmals in den 3 folgenden Quartalen. Aus Sicht dieser 4 Quartale werden die Erwartungen für 2014 als „längerfristig“ eingestuft. Es folgt eine zweijährige Lücke, bevor das Jahr 2014 wieder in das Fragenprogramm aufgenommen wurde, jetzt als mittel- und kurzfristige Inflationserwartung. Mit diesem Muster wird der Zeithorizont der Befragung in jedem neuen Quartal fortgeschrieben. Die längerfristigen Erwartungen sollten mit dem Inflationsziel der EZB übereinstimmen. Dies war mit Raten von 1,9 und 2,0 % für 2014 erfüllt.

Die Frage nach dem Jahr 2014 wurde im dritten Quartal 2012 wieder aufgenommen, aber nun als Frage nach den mittel- und kurzfristigen Erwartungen. Die ersten Schätzungen beginnen mit 1,9 % auf dem Niveau der vorhergegangenen längerfristigen Schätzung für 2014. In den folgenden 3 Quartalen wird die Schätzung nach unten korrigiert, obwohl die aktuelle Inflationsrate zum Zeitpunkt der Schätzung noch höher liegt. Eine solche Konstellation bedeutet, dass für das Jahr 2014 eine durchschnittliche Inflationsrate erwartet wird, die niedriger als die Inflationsrate zum Prognosezeitpunkt ist.

Mit dem vierten Quartal 2013 kehrt sich die Relation von aktueller Inflationsrate zu der im Durchschnitt für das Jahr 2014 erwarteten Inflationsrate um. In der Folge wurden die Erwartungen von Quartal zu Quartal nach unten korrigiert. D. h. in jedem dieser Quartale lag die tatsächlich beobachtete Inflationsrate niedriger als zu Beginn des jeweiligen Quartals erwartet. Dies wird besonders gut im vierten Quartal 2014 sichtbar. Zu Beginn dieses Quartals wird für das Jahr 2014 eine durchschnittliche Inflationsrate von 0,5 % erwartet. Zu diesem Zeitpunkt sind die Inflationsraten der ersten 9 Monate des Jahres bekannt, es müssen lediglich die Inflationsraten für Oktober bis Dezember dazu geschätzt werden. Dennoch wird der Jahresdurchschnitt überschätzt. Eine Erklärung ist, dass der starke Rückgang des Preises für Erdöl von den Experten zumindest nicht

7. Inflationserwartungen für 2014 und Inflationsrate zum Prognosezeitpunkt im Euroraum



Quelle: Survey of Professional Forecasters im Auftrag der EZB („Inflationserwartungen“) und Eurostat („Inflationsrate“ gemessen durch HVPI).

in diesem Umfang vorhergesehen wurde. Die tatsächliche Inflationsrate für 2014 im Euroraum beträgt 0,4 %.

Die Analyse des Blicks der Experten aus der Vergangenheit auf das Jahr 2014 zeigt, dass die Erwartungen bis zum letzten Prognosezeitraum über der tatsächlich realisierten Inflationsrate lagen. Die Experten wurden während des gesamten Prognosezeitraums von der tatsächlich stärker nach unten gerichteten Entwicklung überrascht.

Wie sieht der Blick in die Zukunft aus? Antwort auf diese Frage sollen u. a. die 4 im Jahr 2014 aufgestellten Prognosen der Experten geben. Diese werden im Schaubild 8 visualisiert. Zu jedem Prognosezeitpunkt herrschten die Erwartungen, dass die Inflationsrate in Zukunft steigt und sich längerfristig der Zielmarke der EZB von 2,0 % nähert. Allerdings werden die prognostizierten Werte von Quartal zu Quartal nach unten korrigiert. Besonders alarmierend ist, dass auch die längerfristigen Erwartungen für die Jahre 2018 und 2019 von dieser Korrektur betroffen sind. Für die EZB ein Signal zu handeln.

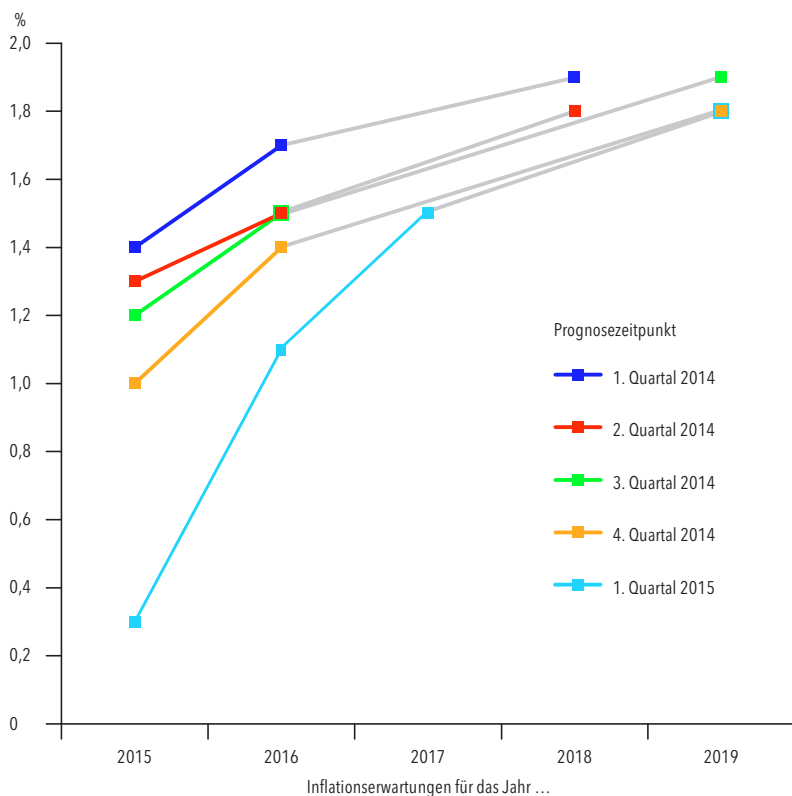
Mit der ersten Prognose im Jahr 2015 werden die kürzerfristigen Erwartungen deutlich nach unten korrigiert; für das Jahr 2015 von 1,0 auf 0,3 % und für 2016 von 1,4 auf 1,1 %. Das Jahr

2017 wird erstmals wieder nach zweijähriger Pause in die Prognose aufgenommen. Es wird für dieses Jahr eine Inflationsrate von 1,5 % erwartet. Die letzte längerfristige Prognose für dieses Jahr aus dem zweiten Quartal 2013 lag bei 2,0 %. Die Ergebnisse dieser jüngsten Befragung wurden am 23. Januar 2015 von der EZB veröffentlicht, also einen Tag nach der Pressekonferenz zu den geldpolitischen Entscheidungen der EZB. Offensichtlich unterstützten diese Ergebnisse die Entscheidung, expansive Maßnahmen zu ergreifen, die am oberen Rand der Ankündigungen der vergangenen Monate liegen bzw. noch darüber hinausgehen. Im Umkehrschluss lässt sich vermuten, dass die EZB eine wachsende Deflationsgefahr innerhalb des Euroraums sieht.

Zunehmende Deflationsgefahr in Hessen?

Diese Frage kann nicht ohne Weiteres verneint werden. Tatsächlich wird die latente Deflationsgefahr in Deutschland und in Hessen deutlich geringer sein als in den Ländern des Euroraums, die eine niedrigere Inflationsrate aufweisen oder sogar ein schrumpfendes Preisniveau, wie die schon zu Beginn genannten Länder Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal und Slowakei. Die Inflationsrate 2014 in Hessen lag mit 0,8 % noch merklich über dem Durchschnitt des Euroraums von 0,4 %. (Die Verwendung des nationa-

8. Inflationserwartungen im Jahr 2014 für den Euroraum



Quelle: Survey of Professional Forecasters im Auftrag der EZB.

len und nicht des harmonisierten Konzepts zur Berechnung der Inflationsrate für Hessen ändert grundsätzlich nichts an dieser Aussage.)

Zumindest etwas Anlass zur Sorge bereitet die Beobachtung, dass das Preisniveau der industriell gefertigten Verbrauchsgüter im Jahr 2014 (+ 0,7 %) noch schwächer stieg als 2013 (+ 1,0 %) und dass das Preisniveau der Gebrauchsgüter 2014 (- 0,2 %) sogar sank, nachdem es 2013 unverändert auf dem Vorjahreswert geblieben war. Zu einer Gefahrenquelle könnte auch ein „Deflationsimport“ aus anderen Ländern des Euroraums werden. Wenn die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern in den von Deflation betroffenen Ländern zurückgeht, dann sinkt auch deren Nachfrage nach ausländischen Produkten, also auch nach Importen aus Hessen. Dadurch würde der Druck auf hessische Exporteure, die Preise zu senken, steigen, was deflationäre Entwicklungen begünstigt.

Die Einbindung Hessens (als Teil von Deutschland) in den Euroraum bedingt, dass eine Geldpolitik der EZB hingenommen werden muss, die auf die Erfordernisse des gesamten Währungsgebiets ausgerichtet ist und nicht an Partialinte-

ressen von Ländern, deren Entwicklung anders verläuft als im „Durchschnitt“ des Währungsgebiets. Die EZB muss ihre Maßnahmen an der durchschnittlichen Inflationsrate des gesamten Euroraums orientieren, das ist ihre Aufgabe. Dabei sind divergierende Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedsländern ein ernst zu nehmendes Problem, insbesondere dann, wenn gleichzeitig positive und negative Inflationsraten auftreten, was derzeit der Fall ist. Divergierende Inflationsraten sind Ausdruck einer unterschiedlichen (real-) wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedsländern. Diese wiederum ist (auch) ein Ergebnis der nationalen Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Die mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung erhoffte Abstimmung und Vereinheitlichung der nationalen Wirtschaftspolitiken hat sich nicht erfüllt. Derzeit ist sogar eher ein Auseinandertriften zu beobachten. Nicht zuletzt deshalb hat die EZB mit zunehmender Vehemenz auf die Notwendigkeit struktureller Reformen in Europa hingewiesen. Mit den am 22. Januar 2015 verkündeten Maßnahmen eines „Quantitative Easing“ im Gesamtvolumen von über 1 Billion Euro dürfte die EZB ihre Möglichkeiten zur Verhinderung einer Deflation im Euroraum ausgeschöpft haben. Die historisch niedrigen Kreditzinsen sollen Anreiz zusätzlicher realwirtschaftlicher Ausgaben sein. Je schneller diese erfolgen, desto geringer wird die Deflationsgefahr. Hier sind insbesondere private (Real-)Investoren (und nicht Finanzspekulant) gefragt, aber auch die nationalen Regierungen, die über Volumen und Struktur der Staatshaushalte und deren Finanzierung über Steuern oder Kredite massiv Einfluss nehmen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Deflation ist keine marktwirtschaftliche Zwangsläufigkeit, sondern vor allem das Ergebnis wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen. Hier fehlte es in der Vergangenheit im Euroraum an einer Harmonisierung der nationalen Politiken sowie an strukturellen und institutionellen Reformen. Insofern ist die Frage nach der Deflationsgefahr in Hessen insbesondere auch eine Frage danach, wie in Zukunft die politischen Rahmenbedingungen in Europa gestaltet werden.

Dr. Hans Herbert Krieg; Tel: 0611 3802-635;
E-Mail: hansherbert.krieg@statistik.hessen.de

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:
Hessisches Statistisches
Landesamt, Wiesbaden, 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Herausgeber:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0,
Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:
Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37,
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
65175 Wiesbaden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis:
Print: 13,00 Euro
Jahresabonnement: 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:
Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen
aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale
Informationsstelle:
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,
E-Mail: info@statistik.hessen.de

[GESUNDES Unternehmen]



Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.